

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 6 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Für auswärtige und amtliche Anzeigen 10 Pfg. — Reklamen 30 Pfg. — Beilagen pro Tag und 20 Pfg. Bei langwieriger Beilegung oder Kontur ist jeder Rabatt bündig. — Platzanzeigen unverbindlich.

Brühler Volksblatt. Brühler Tageblatt. Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — Fernsprecher 108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.40 RM. im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Auslande rechtfertigen keine Erschuldigung.

Nr. 81.

Montag, 7. April 1930.

33. Jahrgang.

Das schwierige Deckungsproblem der Reichsregierung

Mit. Berlin, 6. April. Am 12. April geht der Reichstag in die Ferien. Bis dahin, also in 5 Tagen, harrn riesige Aufgaben ihrer Erledigung, nämlich die Durchbringung des Moltenhauer'schen Finanzprogramms. Noch steht es gar nicht danach aus, ob dies in der Kürze der Zeit möglich sein wird. Klar ist aber, daß die Situation drängt und daß ein längeres Zögern keinen Zweck hat, wenn nicht unangenehme Überraschungen bei der Deckung des Reichsbedarfs der nächsten Monatsenden zu erwarten stehen. Noch in der Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages am Samstag debattierte man lebhaft über den Deckungsplan; aber wieder zeigte sich der Widerstand, den die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen bei der Biersteuererhöhung machen. Daneben wogt ein Kampf um die Benzinsteuern, ohne daß es in beiden Fällen gelang, eine befriedigende Lösung zu finden.

Für Dienstag hat Finanzminister Dr. Moltenhauer die Einbringung seines Finanzprogramms angekündigt. Lebhafteste Debatten dürften hierbei, insbesondere über den Ausgleich des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung, sich entspinnen. Nach dem bisherigen Verlauf der parlamentarischen Besprechungen scheint es gar nicht ohne Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um ein Viertel Prozent oder gar um ein halbes Prozent abzugehen; dies könnte entweder durch freiwilligen Entschluß der Versicherungsanstalt geschehen, oder aber durch ein Eingreifen der Regierung. Daß diese Debatte reibungslos vor sich gehen wird, kann man schwerlich annehmen, da natürlich die Sozialdemokraten um keinen Preis an der Arbeitslosenversicherung rütteln lassen werden.

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß die Kassenlage des Reiches ungefähr so brenzlich erscheint, wie in Jahren, wo bekanntlich erst in letzter Minute ein rettender Ausweg aus der Finanzkatastrophe gefunden werden konnte. Hoffen wir, daß die Mahnung Moltenhauers in der letzten Sitzung des Steueraussschusses ihre Wirkung nicht verfehlen und die Parteien zur Einigkeit kommen lassen, um die Interessen der Allgemeinheit und durch gegenseitige Opfer des Nachgebens sich auf einer mittleren Linie für die Deckungsnotwendigkeit einig zu sein.

Moltenhauer im Steueraussschuß

Mit. Berlin, 5. April. Im Steueraussschuß des Reichstages wurde heute die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlagen der Regierung fortgesetzt. Inzwischen ist der jetzt schon bei den Regierungsparteien vereinbarte neue Gesetzesentwurf zur Änderung der Tabak- und Zuckergesetze als Initiativantrag eingegangen. Er verkürzt die Zahlungsfrist bei der Tabaksteuer um einen halben Monat, läßt die Tabaksteuerlöhler bestehen und erhöht von den Zinshäusern dieser Lager als Verwaltungsentgelt 1 Prozent des Steuerwertes der von ihnen verkauften Zigaretten.

Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer teilte mit, daß die Vorlagen über den Finanzausgleich und über die Reichsfinanzreform vorgelegt würden. Um keine weitere Zeit zu verlieren, habe die Regierung bezüglich der Arbeitslosenversicherung von einer Doppelvorlage abgesehen. Die Vorlage enthalte dafür nicht das Kompromiß der früheren Regierungsparteien; dieses müsse durch besonderen Antrag aufgenommen werden. Die Vorlage sehe die Schaffung eines Notfonds für die Arbeitslosenversicherung aus Mitteln der Industriebelastung vor, ferner enthalte sie grundsätzliche Bestimmungen über die Ausgabenersparnisse und Steuererleichterungen, nicht dagegen werde der Entwurf über die Senkung der Einkommensteuer vorgelegt, weil der Reichsrat ihn zurückgestellt habe und die Regierungsparteien inzwischen sich über den Entwurf über die Senkung der Gewerbesteuer verständigt haben. Dr. Moltenhauer versicherte, daß das Kabinett aufgrund einer sorgfältigen Prüfung zu der Überzeugung gekommen sei, die Biersteuererhöhung vorzuschlagen. Maßgebend wäre dabei die Erkenntnis gewesen, daß andere Wege, dem Reiche Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht gegeben seien. Die Erhöhung der Umsatzsteuer würde für die Gesamtheit unendlich viel schwerer tragbar sein. Der Vorschlag, auf die Einfuhr eine Umsatzsteuer zu legen, sei eine Frage der Handels- und Zollpolitik. Diese Steuer würde aber auch nur 90 Millionen erbringen. Führe man sie ohne Differenzierung durch, so entfiere, dadurch der Nachteil, daß die Rohstoffe verteuert werden und unsere Ausfuhr in erheblichem Maße durch die notwendigen

Preiserhöhungen vermindert werde. Unterschieden man aber, und belaste nur einzelne Einfuhrartikel mit der Umsatzsteuer, so werde durch eine solche Einnahme unsere ganze Handelsvertragspolitik erschüttert. Die höheren Ueberweisungen an Bayern auf der Grundlage des Finanzausgleichs sowie die bedeutend geringere Belastung an anderen Steuern dürfte rechtfertigen, daß die bayerische Bevölkerung eine kleinere Mehrbelastung durch die Biersteuererhöhung trägt.

Brüning droht mit Neuwahlen

Mit. Berlin, 7. April. Reichsminister Dr. Brüning ergreift im Verlaufe der Tagung des Reichsparteiausschusses der Zentrumsparlamentarier das Wort zu umfassenden Ausführungen über die politische Lage.

U. a. erklärte er, das Zentrum habe in der Regierung Mühen sein bestes getan. Die Vorwürfe, die ihm von sozialdemokratischer Seite gemacht wurden, seien vollkommen unberechtigt. Brüning appellierte an die Sozialdemokraten, sich nicht durch die Art ihrer Polemik gegen das Zentrum den Weg zu einer künftigen neuen Zusammenarbeit zu verbarbaren. Ueber sein weiteres Programm führte der Reichsminister aus, die neue Regierung sei Experimenten völlig abgeneigt; sie könne und werde den Mut aufbringen, jetzt in die Bresche zu springen und den Kampf um die Rettung des deutschen Volkes und der Demokratie aufzunehmen. Hinter dem Kabinett stehe der Wille und die ganze Macht des Reichspräsidenten, und er glaube, auch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn es nicht gelinge, im Parlament die notwendigen Reformen durchzuführen, dann müsse das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen und in Neuwahlen ein Parlament schaffen, das den schweren Aufgaben gewachsen ist. Die Reichsregierung werde mit allen Mitteln kämpfen, mit dem deutschen Volke für die Schaffung der Grundlagen eines glücklicheren Deutschland zu sorgen.

Tardieu's sonderbare Stellungnahme zur Räumungsfrage

Mit. Paris, 7. April. Der französische Senat hat die Haager Abkommen und den Youngplan mit 284 gegen acht Stimmen angenommen. Ministerpräsident Tardieu hielt in der entscheidenden Sitzung eine Rede, in der er die Haager Abkommen ähnlich wie in der Kammer erläuterte. Ueber die Räumung des Rheinlandes gab Tardieu weittragende Erklärungen ab, denen entschieden widersprochen werden muß. Er betonte, daß mit Stresemann im Haag vereinbart worden sei, eine Frist von acht Monaten, von Ende Oktober ab gerechnet, für die Räumung einzusetzen, die demnach bis zum 30. Juni beendet sein müßte. Seither hätten sich aber in Deutschland wie in Frankreich gewisse politische Ereignisse abgespielt. Die Frist habe noch nicht zu laufen begonnen, da die Ratifizierung um mehrere Monate verspätet worden sei. Es gebe darüber keine Mißverständnisse zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich würde seine Truppen in der dritten Zone belassen, solange die vorgesehenen Bedingungen, das heißt Ratifizierung des Youngplanes und der Haager Abkommen und die Arbeitsaufnahme der IZB, und die Uebergabe der Schulverschreibungen durch Deutschland noch nicht erfüllt seien. Sobald Deutschland die Schulverschreibungen übergeben habe, werde man mit der Rheinlandräumung beginnen und sie so schnell wie möglich fortsetzen. Bevor die Räumung beginne, müsse Deutschland jedoch auch die vollständige Schleifung seiner Befestigung durchgeführt haben. Eine nur vorgetäuschte Befestigung genüge nicht. Die französische Regierung werde in etwa drei Tagen der Reichsregierung eine Note in diesem Sinne überreichen.

Eine Stellungnahme der zuständigen deutschen Stellen zu den aufsehererregenden Behauptungen wird nicht lange auf sich warten lassen. Im übrigen erklärte vor dem Reichsparteiausschuß der Zentrumsparlamentarier am Sonntag Reichsminister Dr. Brüning, es sei verfehlt, wenn vielfach befürchtet werde, daß wegen der vorgerückten Zeit die Räumung der dritten Zone nicht mehr rechtzeitig erfolgen könne. Bis zum 1. Juli ständen noch drei Monate zur Verfügung, und es müsse um die Schlagkraft der französischen Armee schlecht bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich sein sollte, die Räumung bis zu dem vereinbarten Termin vorzunehmen.

Shandi verlegt d. Salzmonopol der britischen Regierung

Mit. London, 6. April. Wie aus Kalkutta gemeldet wird, hat Shandi am Sonntagvormittag mit seinen Anhängern bei Dandi das Salzmonopol der englischen Regierung verlegt und sich der Salzgewinnung aus dem Meereswasser befleißigt. Auch an anderen Orten wurde am Sonntag mit der Herstellung von Salz begonnen. Im Laufe des Sonntags sind nach Meldungen aus Bombay 150 Personen festgenommen worden, darunter etwa ein Drittel wegen Verletzung des Salzmonopols.

Der Fehlschlag der Stalin'schen Politik

Mit. Moskau, 5. April. Die Sowjetpresse veröffentlicht einen längeren von Stalin herrührenden Artikel hinsichtlich des Beschlusses in der Bauernpolitik. Er erklärt nochmals, daß er die frühere Politik in den Dörfern aufgeben. Er wirft den Mitgliedern der Kommunistischen Partei vor, die Psychologie der Massen nicht zu verstehen, wenn deren Theorien in die Praxis übertragen werden. Nach amtlichen Statistiken sei im Moskauer Distrikt der Prozentsatz der kollektivierten Landgüter von 73 auf 25 Prozent der Verringerung der Bauernpolitik gesunken. In der ganzen Sowjetunion habe man 20 Prozent der kollektivierten Bauern angewiesen, wieder auf ihre Landgüter zurückzugehen. Die Union habe jetzt die Bestimmung zurückgezogen, wonach Eisenbahnen ermächtigt wären, den Transport privaten Eigentums abzulehnen. Hierdurch werden die Bauern in den Stand gesetzt, ihre Produkte wieder für den Privatverkauf nach den Städten zu senden.

Das bolschewistische System in Berlin

Mit. Paris, 5. April. Die hiesige russische Zeitung „Dernieres Nouvelles“ veröffentlicht eine Besprechung der Berliner Sowjet-Gesandtschaft, aus der man sich einen Begriff von der „Vollkommenheit“ der Organisation der RPK machen kann. In Paris, London und anderen europäischen Hauptstädten, welche die Sowjets anerkannt haben, ist nach Mitteilung des Blattes die Gesandtschaft in zwei Teile eingeteilt, dem einen für den Gesandten und sein Stab von Sekretären und Attachés und dem anderen und weit wichtigeren, der aus der westeuropäischen Abteilung der Komintern und Agenten der GPU besteht. Der Posten des Leiters der Berliner GPU, der auch das Haupt aller GPU-Dienste ist, wird von dem zweiten Sekretär Goldstein bekleidet, der Kraft seiner amtlichen Befugnisse sich diplomatischer Vorrechte erfreut. Diese zweite Abteilung, so sagt die „Dernieres Nouvelles“, ist in einem besonderen Flügel des Gesandtschaftsgebäudes untergebracht. In eigens angebrachten Sälen befinden sich die Papiere der Komintern und solche über den Spionagedienst, außerdem die drahtlose Station, das chemische Laboratorium, die photographische Werkstatt, kurzum das Arsenal der Weltrevolution. Die GPU-Agenten haben ihre eigenen Räumlichkeiten in der Gesandtschaft, wo sie ungestört wohnen, zumal, wenn sie sich aus gewissen Gründen nicht in der Stadt aufhalten wollen.

Die Bemühungen der Gottlosen

Mit. Nizza, 3. April. In der vorigen Nacht waren die Türen und Wände der St. Peters-Kathedrale in Nizza mit kommunistischen Inschriften versehen, wie: „Nieder mit dem Feldzug gegen die Sowjets!“, „Nieder mit dem Papst!“ Unterzeichnet waren die mit roter Farbe angebrachten Schriftzeichen mit „Die Letztliche Kommunistische Partei“. Wie die Nachforschungen ergaben, wurde die rote Farbe von einem im Hafen vor Anker liegenden ausländischen Schiffe gestohlen.

10. Stiftungsfest der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmédys

Mit. Berlin, 7. April. Im Nationalhof in Berlin beging die Berliner Ortsgruppe der vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmédys ihr 10. Stiftungsfest. Ueber „Eupen-Malmédys einst und jetzt“, sprach der Vorsitzende Brück; in seinen Ausführungen wies der Redner an Hand der Geschichte nach, daß Eupen-Malmédys seit uralten Zeiten ununterbrochen zum deutschen Vaterlande gehört habe. Die Bevölkerung habe ihre treudeutsche Gesinnung trotz aller belgischen Werbemethoden in dem vergangenen Jahrzehnte treu bewahrt. Schwer leide die Bevölkerung unter dem Spionagewesen und den Schikanen der belgischen Verwaltung.

Das Neueste in Kürze

— Der französische Senat hat die Genehmigung des neuen Plans mit 284 gegen 8 Stimmen angenommen.

— Der Dampfer „München“, der infolge eines Brandes am 11. Februar im New Yorker Hafen gesunken war, ist nunmehr vollkommen gehoben worden.

— Das auf der Schiffswerft von Ancona gebaute italienische Rundschiff „Nicoletto da Recco“ hat mit einer Geschwindigkeit von 41,504 Meilen den Weltgeschwindigkeitsrekord gebrochen.

— In Okahama (Japan) ist eine Petroleumquelle ausgebrochen und hat weite Strecken überschwemmt.

Deutschlands Pflicht sei es, Eupen-Malmédys und St. Vith mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem zähen Ringen um eine freie unbesetzte Volksabstimmung zu unterstützen.

Wichtiger Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges

Mit. London, 5. April. Einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges stellt die Biographie Lord Carnots dar, der als Sir Arthur Nicolson als Unterstaatssekretär unter Grey tätig gewesen war. Die Biographie stammt von seinem Sohne, der als englischer Botschaftsrat in Berlin tätig gewesen war und gehörte dem Redaktionsstab des „Evening Standard“ an. Der Inhalt des Buches ist äußerst interessant, und räumt mit der Legende auf, als ob England zum Schutze der belgischen Neutralität in den Krieg eingetreten sei. Es haben vielmehr zwischen England und Frankreich Besprechungen über die Möglichkeit, einem deutschen Angriff durch Besetzung Belgiens zuvorzukommen, stattgefunden. Die englische Politik vor dem Kriege habe sich ständig der politischen Richtung der Franzosen und Russen unterworfen müssen.

Preussischer Landtag

Vertagung bis zum 6. Mai.

Berlin, 5. April. In der Samstagssitzung des Landtages fanden Anträge des Hauptaussschusses Annahme, die eine außerordentliche staatliche Unterföhrung für die altmärkischen Wägen auf steuerlichem und kulturellem Gebiet fordern, sowie das Staatsministerium ersuchen, die aus Anlaß der Hochwasserbeschäden in der Provinz Brandenburg in den Jahren 1926 bezw. 1927 gewährten staatlichen Kredite bei Fälligkeit im Bedürfnisfalle niederzuschlagen bezw. zu stunden. Weiter wurden Anträge zur Förderung des Bauwesens unter Glas im Landwirtschaftsministerium 1930-31 500 000 Mark für Zinsverbilligung, zur Förderung des Obstbaues 300 000 Mark, und zur Förderung der Geflügelzucht 800 000 Mark verlesen. Nach einem weiter angenommenen Antrag soll die Regierung durch alle geeigneten erscheinenden Maßnahmen, insbesondere durch Umschuldungskredite, Steuererleichterungen usw., dem notleidenden Gaststättengewerbe in Kur- und Erholungsorten, vor allem in Schlesien, in weitestem Umfang entgegenkommen, um den Zusammenbruch einer großen Zahl von Betrieben zu verhindern.

Dann wurde die Aussprache über den Kultushaushalt beendet. Dr. Schuster (D. Sp.) lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notlage der Theater in den Provinzen, vor allem der Grenztheater. Dem Antrag, den Landesbühnen 600 000 Mark mehr zu geben, stimmte er zu, wenn auch darunter die soziale Kunstpflege nicht leiden dürfte. Dr. Bohner (Dem.) forderte bessere Fürsorge für die Museen. Abg. Meng (Sp.) erklärte, daß der Mittelstand, der den Hauptteil der deutschen Kunstgemeinde stelle, die Pflege eines starken Nationalbewußtseins in den Theatern verlange. Abg. Baeder (Dn.) lehnte die zersetzende Tendenz mancher jetziger Werke ab.

Dann machte ein angenommener Schlußantrag der weiteren Aussprache ein Ende. Die Abstimmungen über die angebotenen Titel des Kultushaushalts wurden bis nach der Osterpause verlagert. Das Haus tritt erst am 6. Mai wieder zusammen.

General Heye und die Republik

Dresden, 5. April. Zu der Zusammenkunft des Chefs der Heeresleitung, des Generalobersten Heye mit den Generalen, Offizieren und Infanterieschülern in der Infanterieschule erläuterte die „Dresdner Volkszeitung“ von zuverlässiger Seite folgendes:

Generaloberst Heye hat bei dieser Veranstaltung eine Ansprache gehalten, in der er sich vor allem mit zwei Punkten beschäftigte: Mit der verhältnismäßig großen Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr und mit der Stellung der

fern Gemach uns näherten, brang uns ein erhellender Lichtschein entgegen.

„Um sechs Uhr.“

„Und die Stenographie.“

Peter Garbe findet eine Gufel.

Wenn als er sich wieder fand, froh er zu der platten niedrigen, die sein Gesicht umfingenden hatte.

Reichswehroffiziere zur Republik. Zu der Frage der Stellung der Reichswehroffiziere zur Republik wies der Generaloberst darauf hin, daß derjenige, der sich zur Offizierslaufbahn entschlossen habe, sich auch darüber klar sein müsse, daß er den auf die Republik frei geleiteten Treueid unbedingt zu halten habe. Wer sich das nicht zutraut, für den sei in der Reichswehr kein Platz. Generaloberst Heye machte Mitteilung darüber, daß das Reichswehrministerium sehr zahlreiche Offiziersanwärter habe und durchaus nicht etwa auf die Schiene der alten monarchistischen Familien angewiesen sei. Wer Reichswehroffizier werden wolle, müsse auf dem Boden der Verfassung stehen, sonst müsse er die Reichswehr verlassen. Mit den Worten: „Bitte, meine Herren, die Tür steht jedem offen“, schloß der Chef der Heeresleitung seine Ermahnung an die Infanterieschüler.

77. Tagung des Rheinischen Provinziallandtages

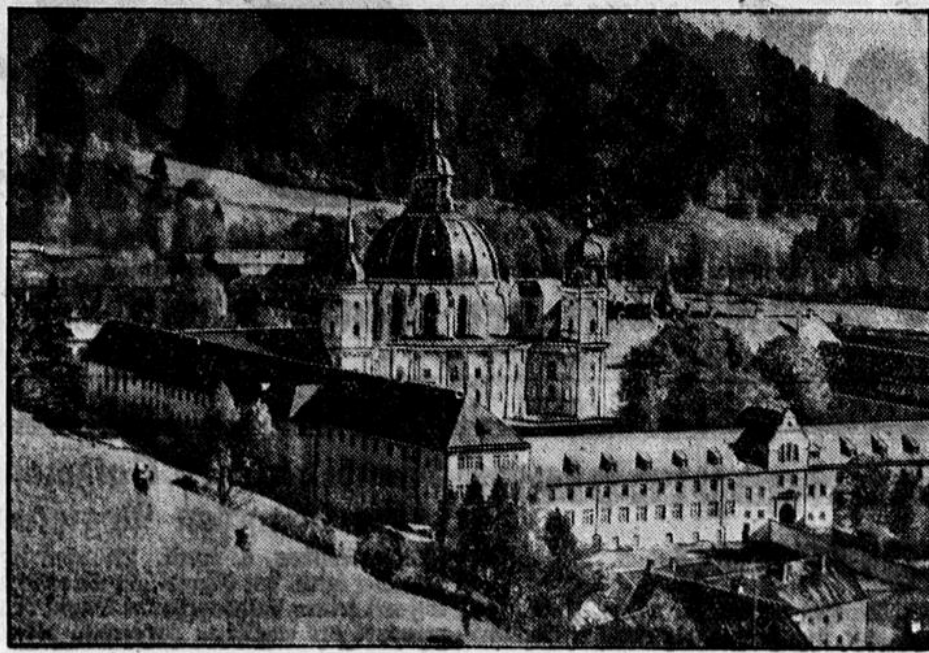
Mit. Koblenz, 6. April. Oberpräsident Fuchs führte bei der Eröffnung des Rheinischen Provinziallandtags am 7. April, mittags 12 Uhr, u. a. folgendes aus:

Kernpunkt der 77. Tagung des Rheinischen Provinziallandtages ist die Feststellung des Haushaltsplanes der Provinz für das Rechnungsjahr 1930. Der Haushaltsplan unterscheidet sich von den bisherigen Haushaltsplänen wesentlich durch die großen Abstriche, die allenthalben vorgenommen worden sind. So spiegelt sich auch hier untrüglich die Not der Zeit. Die wachsende Belastung aus den von der Provinz ausgenommenen Anleihen, welche die Vorkriegsschuld bald um das Doppelte übersteigen werden, ferner die Störungen auf dem Markt der kommunalen Anleihen, lassen es kaum noch zu, die Beschaffung von Mitteln auf dem Anleihemarkt fortzusetzen. Auf der anderen Seite glaubte der Provinzialausschuß im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinden und Kreise eine Erhöhung der Provinzialumlage nicht verantworten zu können. So bleibt nur der Weg, die nicht zwangsläufigen Ausgaben auf das unumgängliche Maß herabzusetzen. Eine derartige Ausgabenbeschränkung wird allgemein das Kennzeichen der kommenden Haushaltspläne sein. Unter dem Zwange der Verhältnisse wird man sich in sämtlichen öffentlichen Körperschaften an eine Anpassung der Ausgaben an die laufenden Einnahmen, die kaum mehr steigungsfähig sind, und damit an eine wesentliche Beschränkung der Leistungen gewöhnen müssen. Aus dem im Vergleich mit anderen Provinzen verhältnismäßig niedrig erscheinenden Hundertsätzen der Provinzialumlage dürfen keine falschen Schlüsse gezogen werden hinsichtlich der finanziellen Lage und der Leistungsfähigkeit der Rheinprovinz. Die bisherigen Sätze der Provinzialumlage konnten nur dadurch eingehalten werden, daß sehr hohe Anleihen ausgenommen worden sind. Dankbar erkennen wir es an, daß im Reichshaushalt für 1930 20 Millionen für das sogenannte Weltprogramm eingelegt sind. Diese 20 Millionen werden aber nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie als ständig wiederkehrender Posten für eine Reihe von Jahren im Haushaltsplan festgelegt sind. Auch dürfen sie unter keinen Umständen als Einzelhilfen zur Verfügung kommen. Es können vielmehr nur planmäßige Maßnahmen in Frage kommen, welche die gesamte Wirtschaft heben und die zusammenbrechende Bevölkerung wieder auf eigene Füße zu stellen geeignet sind. Wer also glauben wollte, daß es bei der allgemeinen Notlage noch Möglichkeiten gäbe, aus den Mitteln des Weltprogramms diesen oder jenen besonderen Wohlstand zu erfüllen zu sehen, müßte mit Sicherheit eine Enttäuschung erleben. Wenn wir angesichts der großen Not die Hilfe von Reich und Staat erwarten, dann bleiben wir uns doch stets bewußt, daß wir in erster Linie Selbsthilfe zu leisten haben. Hier läßt sich noch manches bessern und sicher auch viel erreichen.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues für 1930

Wird den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Sie ist fast unmöglich. Es wird uns im Jahre 1930 nicht gelingen, die Zahl der 1929 noch erstellten Neubauwohnungen nur annähernd zu erreichen. Da kann einzig und allein nur die Selbsthilfe in Schranken. Und das ist es, was wir, zeigt der Beitrag von Snel (Bremen), „Durch Selbsthilfe zur Heimstätte“ in dem soeben erschienenen Heft 1 des „Jahrbuchs der Bodenreform“. Aus der Erkenntnis heraus, daß die finanzielle Kraft der staatlichen und gemeindlichen Stellen allzu beschränkt ist und nicht ausreicht, entstanden in vielen Städten und Gemeinden auf Betreiben von Bodenreformführern Eigenheim-Vereine. Hier ist es die brennende Frage. Diese Hunderte von Familien besaßen kein weiteres Kapital als allein die Arbeitskraft ihres Ernährers. Sie hätten weiter in Wohnungsnot und Wohnungselend schmachten müssen. Nur durch den gut organisierten Selbsthilfebau war es möglich, in den Besitz einer eigenen Heimstätte zu gelangen. Der wertvolle Beitrag berichtet von so mancherlei Kämpfen, die Interessenten traten auf den Plan, zeigt aber vor allem die großen Erfolge. Und es ist gut, daß in demselben Jahrbuch auch der Kampf „Um das Wohnheimstättenrecht“ wiedergegeben ist. Denn mit der Selbsthilfe allein ist es auch nicht getan. Um dauernd gesicherte Heimstätten in viel stärkerem Umfang erhalten zu lassen, ist das Wohnheimstättenrecht die unbedingt notwendige Voraussetzung. So gewinnt das neue Jahrbuch für jeden Boden-, Wohnungs- und Siedlungspolitiker eine besonders hohe Bedeutung.

Lesst die Brübler Zeitung.



600 Jahre Kloster Ettal

Kloster Ettal am Fuß des Ettaler Mandls

(Oberbayern) feiert in diesen Tagen sein 600jähriges Bestehen. Das Kloster wurde 1330 von Kaiser Ludwig gegründet, als er nach seiner unglücklichen

Romfahrt quers wieder den Boden seiner Erblande betrat. Kloster Ettal ist eines der schönsten und ehrwürdigsten Klöster Deutschlands.

Nachrichten aus Westdeutschland

Prof. Dr. Poppelreuter, ein hervorragender Spezialist für Hirnverletzungen, in Bonn.

Köln, 4. April. Der als Spezialist für Hirnverletzungen als Autorität bekannte Prof. Dr. phil. et med. Poppelreuter, welcher die erste führende Kopfchirurgie in Deutschland begründete und bis zum Jahre 1925 leitete, hat seit einer Woche wieder die Kopfchirurgie im Malteser-Krankenhaus in Bonn übernommen, und somit liegt die Fürsorge und Betreuung der Hirnverletzten Rheinlands und Westfalens wieder in den bewährten Händen. Diese Tatsache wird unter den rheinisch-westfälischen Hirnverletzten ein dankbares Echo finden.

Eine Angelegenheit, die „Staub aufwirbelt“.

Köln, 4. April. Vor dem hiesigen Arbeitsgericht klagte eine junge Frau auf 150 Mark Rüchungsentschädigung. Sie war als Kontoristin in einem hiesigen Büro beschäftigt gewesen, und weil sie sich geweigert hatte, den ihren Schreibeisch bededenden Staub wegzumischen, fristlos entlassen worden. Vor Gericht erklärte die Klägerin, daß ihr Mann ihr verboten habe, Staub zu beseitigen; dies habe sie auch bei Antritt ihrer neuen Stellung ausdrücklich erklärt. Vom Vorbringen wurde nach längerer Beratung folgendes Urteil verkündet: Das Staubwischen auf dem Schreibtisch ist wohl eine Zumutung, die im allgemeinen von den Kontoristinnen nicht abgelehnt wird, aber vorliegend ist zu berücksichtigen, daß die Klägerin vor der Einstellung ausdrücklich erklärte, daß sie keinen Staub wischen werde. Das Gericht empfiehlt daher einstimmig, sich zu vergleichen, indem der Beklagte der Klägerin 100 Mark Entschädigung gibt. Da beide Parteien einverstanden waren, war das letzte Staubchen beseitigt.

Der Tod im Badezimmer.

Köln, 4. April. In dem Vororte Klettenberg ereignete sich in der Wohnung eines Fabrikanten eine schwere Gasexplosion. Während der Fabrikant ein Bad nahm, explodierte plötzlich der Gasofen. Der Badende wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Man nimmt an, daß der Fabrikant durch den Ofen entweichende Gase belüftet und gestört wurde, bevor die Explosion erfolgte.

Wibbeln.

Köln, 5. April. Die Wahl des neuen Ehrenbürgermeisters in dem bergischen Orte Wibbeln wird viel besprochen und belacht. Der Bürgermeister wurde bekanntlich gegen einen Wobbeln von 40 Mark bei 48stündiger Arbeitszeit in der Woche verpflichtet. Die Gemeinde Wibbeln machte in den letzten Jahren mehrfach unheimlich von sich reden, da es sehr häufig passierte, daß in Gemeinderatsitzungen in dem Augenblick, in dem irgendein Antrag den linksgerichteten Parteien nicht gefiel, diese, und in anderen Fällen, in denen die rechtsgerichteten betroffen wurden, jene das Lokal verließen, wodurch Beschlüsse nicht herbeigeführt werden konnten. Dadurch hatte sich die vorgelegte Behörde, der Bezirksausschuß, des öfteren mit dem Gemeinderat zu befassen.

Die Mirbachs. Büro erfährt, dürfte nicht allein die Wahl des Bürgermeisters Jansen die Verdrängung der Mirbachs nicht finden, es sind vielmehr drastische Maßnahmen geplant, um dem Unwesen in Wibbeln ein für allemal ein Ende zu machen. Diese Maßnahmen bestehen darin, daß entweder eine Personallösung herbeigeführt wird, dergestalt, daß der Bürgermeister von Burtscheid auch das Amt Wibbeln übernimmt, oder daß eine Eingemeindung stattfindet, wonach der Ort Wibbeln der Stadt Burtscheid zugeteilt wird. Die vorgelegte Behörde ist auf jeden Fall nicht mehr gewillt, die unerträglichen Zustände in Wibbeln weiterhin zu dulden.

Die deutsche Theaterkrise.

Duisburg-Hamborn, 4. April. Die hiesige Stadtverwaltung ist von den Erneuerungsverträgen mit dem Hamborner Theaterpersonal zurückgetreten. Dem gesamten Personal wurde mitgeteilt, daß diese Verträge nicht in Kraft treten würden. Der Hamborner Theaterspielerkörper wird also zum 1. Mai aufgelöst. Ob das Orchesterpersonal unter diese Maßnahme fällt, steht bis jetzt noch nicht fest, da die Entscheidung des Finanzausschusses abgewartet werden soll.

Wie noch gemeldet wird, wird auf der Hamborner Bühne in Zukunft nur noch an vier Tagen gespielt. Zweimal vom Oberhausener Schauspiel und zweimal von der Duisburger Oper.

Ein Fall von Vöden in Duisburg.

Duisburg, 5. April. In Duisburg-Hochfeld wurde ein Fall von Vöden festgestellt. Es handelt sich um ein malerisch-dämonisches Kind, das gestern ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Alle erforderlichen Isolierungsmaßnahmen sind sofort ergriffen.

worden; gleichzeitig wurden Regierung und Kreisrat benachrichtigt. Man glaubt, daß es sich um einen eingeschleppten Fall handelt, da bei der äußerst genau gehandhabten Schutzimpfung ein Eindringen dieser gefährlichen Krankheit in Deutschland kaum möglich ist.

Auch ein „Zubillium“.

Birmensfeld, 5. April. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein Arbeiter aus Kaiserslautern zu verantworten, der die Anklageband vielleicht besser kannte, als seine Bettstelle; denn er war nicht weniger als 100 mal vorbestraft und dürfte sicherlich damit einen Rekord geschlagen haben. Wegen Diebstahls erhielt er neuerdings vier Monate Gefängnis.

Der Bürgermeister als Ehevermittler

hg. Eine Krankenschwester aus London hat den Bürgermeister ihres Bezirks, ihr zu helfen, einen passenden Ehemann zu finden. Ihre tägliche Arbeit, behauptet sie, gibt ihr keine Gelegenheit mit heiratstüchtigen Männern in Verbindung zu treten. Der Bürgermeister übernahm das Amt des Ehevermittlers und verschaffte der heiratstüchtigen Krankenschwester tatsächlich zu einem Mann. Seit diesem Tage hat er keine Ruhe mehr. Er empfängt täglich Hunderte von Briefen mit der Bitte, in Ehefragen behilflich zu sein — kein Wunder in einem Lande, das über 2 Millionen „überflüssige Frauen“ zählt. Die Krankenschwester hat für großzügige Bekämpfung der Fähigkeiten des Bürgermeisters auf dem Gebiete der Ehevermittlung gesorgt. Der Bürgermeister wehrt sich aber entschieden gegen die Fortsetzung seines Berufes. Wenn er jeden Brief, den er empfängt, lesen würde, sagt er, hätte er nichts anderes mehr zu tun.

Tea-Moden

hg. Der Tee ist heute in der ganzen Kulturwelt ein sehr beliebtes Getränk, aber die Formen, in denen man ihn in den verschiedenen Ländern zu sich nimmt, weichen doch recht weit voneinander ab. Während der Chinese im allgemeinen jeden Zufuß verpönt, weil sonst der Feingeschmack des Tees leiden würde, nimmt der Russe mit Vorliebe bei jedem Schluck Tee ein Stückchen Zucker in den Mund. Der Tibetaner genießt seinen Ziegelttee mit einem ordentlichen Zufuß von Vachbutter. In Birma ist es bei den Hochzeitsfeierlichkeiten üblich, daß das junge Ehepaar einen Tee genießt, dessen Blätter vorher in Del getaucht worden sind, und steht darin eine Gewähr für lange Jahre eines in jeder Hinsicht ungetrübten Eheglücks. In Madagaskar ist Rinderfett ein beliebter Zusatz zur Teemischung.



Ein Denkmal für Papst Pius XI.

Die Statue Papst Pius XI.

die in der lombardischen Stadt Desio, dem Geburtsort des Heiligen Vaters, aus Anlaß seines Jubiläumjahres zur Aufstellung gelangt. Es ist das erste Mal, daß einem Papst schon zu Lebzeiten ein Denkmal errichtet wird. Der Einweihung gebührt Papst Pius selbst seine Aufmerksamkeit.

Unser Butter- und Käseverbrauch

Unsere Großeltern haben noch sehr wenig Butter und Käse gegessen. Der deutsche Bauer benutzte in weitestem Umfang auch die Rasse zum Füttern von Wagen und Pflügen. Aber ganz abgesehen davon, lagen die Futterverhältnisse noch sehr im Argen, so daß kaum Milch zur Molkereibearbeitung übrig blieb. Erst seit der Modernisierung der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert ist die Produktion und damit der Verbrauch an Butter und Käse gewachsen. Interessant ist, daß in Deutschland der Verbrauch nach dem Kriege nicht unerheblich gestiegen ist. In der Vorkriegszeit hatte Deutschland einen Konsum von 6,7 Kilogramm und an Käse von 4,3 Kilogramm, in der Nachkriegszeit von 7,6 bzw. 5,4 Kilogramm. In der gleichen Zeit ging in Dänemark der Butterkonsum von 8,0 auf 6,7 Kilogramm zurück und der Käsekonsum blieb auf 5,6 Kilogramm stehen.

Leider ist die Verbrauchsteigerung in Deutschland weniger durch eine entsprechende Vermehrung der inländischen Erzeugung, sondern weit mehr durch das gewaltige Anwachsen der Einfuhr ausländischer Produkte herbeigeführt worden. Gegenüber der Vorkriegszeit ist Deutschlands Buttereinfuhr um 91 Prozent, die Käseinfuhr um 186 Prozent größer geworden. Es ist eine der zwingendsten Aufgaben der deutschen Landwirtschaft, sich auf die Dinge einzustellen und durch vermehrte Produktion den Bedarf der deutschen Bevölkerung aus sich heraus zu decken.

Der Verbraucher muß aber weit mehr als bisher die deutschen Erzeugnisse bevorzugen, anstatt daß Auslandsware in steigender Menge eingeführt wird.

Milchgetränke im Fieber

Fast bei allen Menschen, die Fieber haben, ist der Appetit herabgesetzt. Namentlich auch bei Kindern ist das der Fall, und die Eltern werden dadurch oft sehr gequält. Nun kann man bei einer akuten fieberhaften Erkrankung ruhig hungern, es ist besser, den Kindern keine Nahrung aufzuzwingen. Das Verlorene erweist sich in der Genesung in wenigen Tagen wieder. Unnütziges Aufzwingen von Nahrung macht die Patienten mühsam, raubt ihnen die Ruhe und belastet sie auch körperlich durch Speisen. Der Körper ist mit anderen in ähnlichen Dingen beschäftigt: nämlich seine ganze Kraft der Abwehr der eingebrachten Schädlichkeit zu widmen. So verdauen Magen und Darm nur widerwillig, was man ihnen reicht, soweit nicht überhaupt Erbrechen eintritt.

Flüssigkeit wird man dagegen nach Bedürfnis verabreichen, sei es als Wasser mit oder ohne Fruchtzucker, als Obst- und Kompott, als Tee. Gaben von Milch ermöglichen gleichzeitig die Stillung des Durstes und die Zufuhr von Nährstoffen. Bei den meisten fieberhaften Krankheiten ist es angezeigt, viel Flüssigkeit zu geben, damit der Körper ordentlich durchspült wird und die vorhandenen Krankheitskeime und ihre Gifte möglichst verdünnt werden. Fiebernde Kinder nehmen im allgemeinen lieber flüssige Nahrung zu sich als feste. Auch Milchsuppe und Milchbrei kann gegeben werden, nur bei Darmstörungen ist Einschränkung der Milch oft nötig.

Einen erwünschten Genuß bedeutet für viele Kinder kalte Milch, — namentlich soweit sie infolge einwandfreier Herkunft ungelobt sein darf, — oder kalte Fruchtzucker. Eine Milchmönche kann in folgender Weise zubereitet werden: Auf die abgeseigte äußere Schale einer halben Zitrone wird 1/8 Liter todesches Wasser gegossen, dazu kommen 65 Gramm Zucker, das Ganze läßt man kalt werden. Dazu wird durch ein Sieb ein achtel Liter Milch gegossen, sowie der Saft einer halben Zitrone, nach 10 Minuten wird das Getränk durch ein Sieb durchgeseigt, vielleicht noch auf Eis gestellt und kalt gegeben. Auch in Gezeiten kann man den Kindern auf eine ihnen willkommene Art Milch zuführen. Man wird bei all diesen Dingen aber immer darauf achten, daß Kräfte mit akutem Fieber durch die Nahrungs- und Getränkzufuhr nicht geschädigt werden.

Ganz anders ist es bei chronisch verlaufenden Fieberzuständen. Hier muß genügend Nahrung zugeführt werden, weil sonst der Körper auf die Dauer allzulebte von Kräften läßt. Es hängt viel von den Pflegepersonen ab, ob der Kranke zur Aufnahme von Nahrung zu bewegen ist. Schmachhafte Zurechtweisung der Speisen, das Vorlegen kleiner Mengen und das Streben nach Abwechslung werden am ehesten Erfolge erzielen. Auch hier wird man mit flüssiger Nahrung, wie Milch und Milchsuppen, schöne Erfolge erreichen. Sie belassen Magen und Darm nicht und enthalten doch reichlich Nährstoffe.

Vom Sichausleben

Unsere Zeit hat ein gefährliches Wort geprägt oder wenigstens als Feldgeschrei ausgegeben: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Die Zukunft unseres Vaterlandes hat nie mehr konstruiert gehabt, als eben jetzt. An dem zusammengebrochenen Reich arbeiten zu viele Köpfe und Hände, um es, jeder nach seiner Fassung, aufzubauen. Anstatt daß aber nur ernste Männer mit reifem Verstande sich die Hand reichen, um etwas Gutes zu schaffen, wird nach unten gearbeitet, das heißt, da die erfahrenen Menschen zu lange überlegen, um gleich und willig Gefolgshaft zu sein, holt man sich die frische Jugend, und teilt sie sich für seinen Zweck zurecht. Ein Alter, das noch gar nicht an sich selbst gereift ist, erhält Entscheidungswerte in den ernstesten Fragen zum Wohl und Wehe eines Landes.

Was ist natürlicher als das, daß diese Jugend, nach der man sich den Tag mannschaft, sich ungewisser wichtig vorfindet und ihrerseits die Unerschaffenheit, in der sie noch bis über beide Ohren steckt, auf andere Weise wettmachen will. Was an Reife und Kenntnissen im Beruf fehlt, muß eine gewaltig eingeholte Reife im Sexualleben ersetzen: „Man muß sich ausleben“ — hört man einen jungen Fant von knapp achtzehn Jahren sagen, und ein Teil der „Alten“ lachend und lachend dazu. Selbstsucht statt Selbstgüte wird gepflegt, ein „Ausleben“ gibt es jetzt statt eines „Einlebens“. Die Genußgierde läßt nicht nur an dem Becher der Freude nippen, sondern wird angelegt und leer getrunken. Kommen die ersten zwanziger Jahre, so ist die beste Kraft verbraucht, ist verschwendet im Männlichwerdenwollen. In der Reife um jeden Preis! Vom eigentlichen Leben und Schaffenswerten weiß die Jugend mitunter bitter wenig, meist nur die Frage: Was kann ich mir für das Geld, das ich verdiene, leisten? Was muß ich leisten, um als ganzer Kerl in der Welt zu stehen, ist sinnlos zu fragen.

So steht eine fertige Generation schon neu aufgebaut da. Mit 25 „ausgelebt“, in allen Sparten des Genußes „erfahren“, vielleicht auch gut unterrichtet, froh auf zu schlagen, aber — wo sind die kraftvollen Hände, die schaffenden, treuen, pflichtbewußten Hände, in die die alte Generation das Wohl und Wehe neuer Jugend legen kann?

Muntebeter.

allen andern Glück und Vergnügen nach; ein
 der ohne Zweifel von allen andern Liebe erwarten darf; ein
 Wunsch den wir ohne Zweifel lieben müßten — wenn dieser

Verwaltungsbericht 1929

13 Mütter kinderreicher Familien haben sich einer mehrwöchigen Erholungskur in verschiedenen Anstalten unterzogen.

Die schulärztliche Untersuchung ergab, daß die Fortführung der Kinderpeisung weiter erforderlich war.

Die unterernährten und der Speisung bedürftigen Kinder von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern werden unentgeltlich gespeist, während die übrigen Kinder gegen Zahlung eines Entgelts von 10 Pfennig pro Portion teilnehmen. Im Laufe des Jahres wurden auch Kinder aus kinderreichen oder finanziell schlecht gestellten Familien für die unentgeltliche Teilnahme an der Speisung zugelassen.

Es wurden durchschnittlich 300 Kinder täglich gespeist.

Der Kostenaufwand beträgt ungefähr 8000 Reichsmark jährlich, welcher zum größten Teil von der Stadt aus eigenen Mitteln aufgebracht werden muß.

Im Laufe des Jahres wurden 72 Kinder bedürftiger Eltern auf Grund kreisärztlicher Untersuchung in Erholungsheimen untergebracht, und zwar überwiegend in dem Kreis-Kinder-Erholungsheim in Porta.

32 Anträge befinden sich noch in Bearbeitung. Im vergangenen Jahre befanden sich 12 Krüppelkinder in Anstaltspflege, von denen sechs im Berichtsjahre untergebracht wurden.

Für 2 Krüppelkinder wurden je ein Paar orthopädische Schuhe und für 2 weitere Krüppelkinder je ein Paar Fußeinlagen beschafft und zwar auf kreisärztliche Anordnung hin.

Ein Krüppelkind nimmt alltäglich an dem orthopädischen Turnen in dem Bürgerhospital in Köln teil. Das erforderliche Fahrgeld zahlt die Fürsorge. Sodann benutzt ein Krüppelkind zur Zurücklegung des Schulweges den Autobus, gleichfalls auf Kosten der Fürsorgeverbände.

7 Kinder wurden stationär bzw. ambulant behandelt.

21 Personen wurden auf Grund kreisärztlicher Untersuchung in Lungenheilstätten untergebracht.

66 bedürftigen Lungenkranken mußten auf kreisärztliche Anordnung Stärkungsmittel beschafft werden, 6 Personen erhielten vor der Anstaltsunterbringung Kleiderstücke.

Einem Kinde mußten 2 Paar orthopädische Schuhe auf Kosten der Lungenfürsorge auf kreisärztliche Anordnung beschafft werden.

In Anstaltspflege als Geistesranke, Epileptische und Schwachsinnige befanden sich 20 Personen, 6 Personen wurden im Laufe des Jahres untergebracht.

6 Geistesranke, Epileptische usw. leben im Haushalt ihrer Angehörigen.

Im Laufe des Jahres wurde eine Zentralfürsorge angelegt, die sämtliche Zweige der Wohlfahrtsfürsorge umfaßt und eine rasche Uebersicht ermöglicht, welche Hilfsmaßnahmen für die betreffende Familie ergreifen sind. Ein rationelles Arbeiten der Fürsorgeorgane ist dadurch gewährleistet.

Stadtkasse.

Die Schwierigkeiten beim Hebegehalt haben sich vergrößert; die Anzahl der Pfändungsbefehle hat sich um ein Drittel, die Zahl der Zwangsversteigerungen um das Doppelte erhöht.

Der Umsatz der Stadtkasse ist gestiegen von 7 451 670,18 RM. im Rechnungsjahre 1927 auf 10 420 709,23 RM. im Rechnungsjahre 1928. Der bargeldlose Verkehr wurde zur Bequem-

III.

lichkeit aller Beteiligten soweit wie möglich ausgedehnt, sodaß etwa 90 Proz. aller Auszahlungen auf diese Weise vorgenommen werden. Auch bei Einzahlungen wird diese Zahlungseinrichtung immer mehr benutzt, die durch die Errichtung eines Kontos der Stadtkasse bei der hiesigen Bank für Handel u. Gewerbe e. G. m. b. H. noch gefördert wurde. Die Stadtkasse hat augenblicklich Konten bei der hiesigen Kreispartassenzweitzelle, dem Postfachamt Köln und der vorgenannten Bank für Handel und Gewerbe.

Am 2. Juli 1929 wurde die Stadtkasse im Auftrage der Oberrechnungskammer in Potsdam hinsichtlich der Erhebung, Beitreibung und Ablieferung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer geprüft, wobei sich Anstellungen nicht ergaben.

Außer den monatlichen Revisionen durch die Ortsbehörde fand in der Zeit bis einschl. 10. Oktober 1929 im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten in Köln eine außerordentliche Revision des gesamten Kassenbetriebes statt, der in Ordnung gefunden wurde. Es wurden nur einige formelle Änderungen vorgeschlagen, die soweit sie zweckmäßig erschienen, vorgenommen worden sind.

Steuern.

Die Geltungsdauer der Gewerbesteuerverordnung vom 23. November 1923 ist durch die Verordnung vom 8. Mai 1928 bis zum 31. März 1930 ausgedehnt worden. Durch diese Verordnung wurden u. a. auch die Steuerbefreiungen nach dem Gewerbesteuer- und Lohnsummensteuergesetz.

Der Steuerjahrs nach dem Gewerbesteuertrag beträgt bei einem abgabepflichtigen Ertrage

Ertrag	Steuersatz
bis 1500 RM (bisher 1200 RM)	1/2 %
von 1500 RM bis 2700 RM (bisher 2400 RM)	1 %
von 2700 RM bis 3000 RM (bisher 3000 RM)	1 1/2 %
für die weiteren Beträge	2 %

Bei der Lohnsumme ist infolgedessen eine Abänderung eingetreten, als durch die neue Vorschrift eine begrenzte Preistafel eingeführt worden ist. Alle Betriebe mit einer Jahreslohnsumme bis zu 6000 RM. bleiben von der Lohnsummensteuer frei. Ueberschreitet die Jahreslohnsumme nicht den Betrag von 18 000 RM., so unterliegt nur ein um 6000 RM. gekürzter Betrag der Lohnsummenbesteuerung. Ueberschreitet die Jahreslohnsumme den Betrag von 18 000 RM., so unterliegt sie ungekürzt der Besteuerung.

Die bis 31. Dezember 1929 befristete Zustimmung des Oberpräsidenten in Koblenz zu der Vergütungssteuerordnung vom 27. September 1926 wurde bis zum 31. März 1932 verlängert.

Gaswerk.

Die Gaserzeugung ist auch im vergangenen Kalenderjahr gestiegen. Die Zunahme der nutzbaren Gasabgabe betrug 33 126 cbm oder 10,1 Prozent. Das Rohrnetz wurde auf der Römerstraße durch ein Rohr von 100 mm in einer Länge von 52 m erweitert.

Erneuert wurde das alte Gasrohr in folgenden Straßen: durch ein 60 mm Rohr in der Kölner Chaussee, ein 80 mm Rohr in der Burgstraße, Langenaderstraße, Tiergartenstraße und Pastoralstraße und durch ein 100 mm Rohr in der Schützenstraße und Kaiserstraße. Die Gesamtlänge der neuerlegten Rohre beträgt 939 Meter.

Elektrizitätswert.

Vom E. W. Vergesamt wurden im vergangenen Jahre 615 497 kWh Lichtstrom gegen 567 962 kWh und 144 837 kWh Kraftstrom gegen 121 643

kWh im Vorjahre angenommen. Die Zunahme an verlaufenen kWh Lichtstrom (ohne Straßenbeleuchtung) betrug gegenüber dem Vorjahre 9,9 Prozent und an Kraftstrom 20,6 Proz.

Die Anzahl der Elektrizitätszähler erhöhte sich von 2040 auf 2306 Stück.

Es brannten 124 elektrische Abend- und 65 elektrische Nachtlampen. Das Leitungsnetz wurde erweitert in der Bergmannsiedlung, Franzstraße, Langenaderstraße, Römerstraße, Bergerstraße und Kölnstraße, zusammen um 5607 lfdm.

Wasserwerk.

Auch die Wasserförderung erfuhr eine Erhöhung von 1 323 160 cbm auf 1 426 160 cbm, mithin eine Zunahme an verlaufenem Wasser gegenüber dem Vorjahre von 6,5 Proz.

Das Wasserrohrnetz wurde um 2040 lfdm erweitert. Besonders erwähnt sei die Zubringerleitung vom Mayersweg über Bahnhofstraße, Schloßstraße zum Markt auf einer Strecke von 560 m.

Außerdem ist im Schloßpark eine Leitung von 181 lfdm gelegt worden zur Verfeinerung der Rasenflächen. Durch eine Verlängerung dieser Leitung kann auch der Springbrunnen mit Wasser versorgt werden.

Der starke langanhaltende Frost im vergangenen Winter brachte große Schwierigkeiten, so daß oft Tag und Nacht Reparaturen auszuführen waren.

Schlachthof.

Im Berichtsjahre wurden im städtischen Schlachthofe folgende Tiere geschlachtet: 22 Pferde, 258 Schen, 289 Stiere, 1026 Kühe, 102 Jungkinder, 725 Kälber, 5676 Schweine, 41 Schafe und 42 Ziegen, zusammen 8181 Stück gegenüber 8170 im Vorjahre.

Trotz der Teuerung ist die Schlachtziffer die gleiche geblieben, nur hat infolge der hohen Schweinefleischpreise eine leichte Verschiebung in den Schlachtarten stattgefunden. Es sind in diesem Jahre weniger Schweine aber mehr Kälber geschlachtet worden.

Bei der Fleischschau wurden als genugsam untauglich beschlagnahmt und vernichtet: 10 ganze Tiere, 3163 Organe und 359 kg Fleischteile; der Freibant wurden 53 Tiere überwiesen. Die bakteriologische Untersuchung wurde bei 35 Tieren vorgenommen, von denen 31 keimfrei und 4 keimhaltig waren. Es handelte sich aber in keinem Falle um Paratyphusbakterien.

Im Frühjahr wurde eine neue Kesselanlage sogenannte Großwasserraum-Bornwärmer beschafft. Es sind dies 2 große Wasserkefel von 4,5 und 3,5 cbm Inhalt, in denen das Wasser auf 80-90 Grad erhitzt und direkt den Bedarfsstellen zugeführt wird. Dieses Verfahren ist viel sparsamer im Kohlenverbrauch als die früher übliche Warmwasserbereitung mittels Wasserdampfes. Für die neuen Kessel wurde auch ein neuer Kesselraum mit Kohlenanlage erbaut, darunter anschließend ein neues Gefellenzimmer. Im Herbst wurde in einen leerstehenden Schuppen eine neue Viehwage eingebaut. Wie auch früher wurden das ganze Jahr hindurch wöchentlich 4 Milchproben auf spezifisches Gewicht, Schmutz und Fettgehalt untersucht. Verdächtige Proben wurden an das chemische Institut in Köln weitergegeben. Verfälschungen konnten nicht festgestellt werden.

Epi Roggenbrot

„Mama, wenn wir uns recht einschränken, wenn wir uns Entbehrungen auferlegen?“
„Wo denkst du hin? Wir sind immerhin drei Menschen! Wir können doch nicht hungern!“
„Wir könnten Auguste entlassen!“ überlegte Carmen.
„Wir sagen ihr, wie es mit uns steht, — daß wir sie nach einigen Monaten wieder in unsern Dienst nehmen würden!“
„Aber ich schulde ihr den zweimonatlichen Lohn, — sie bekommt ihr Geld stets vierteljährlich, — das sind sechzig Mark! Und dann — mein Gott — Kind — in einem Monat ist auch die Miete fällig — einhundertfünfzig Mark! Woher die nehmen?“
„Ja, woher die nehmen?“ flüsterte Carmen ratlos.
„Mama, wenn — wenn wir unsere Schmutzfachen verkaufen?“ schlug sie zögernd noch vor.
„Unsere Schmutzfachen! Ich habe keine, — du besitzt deren nur von sehr geringem Wert! Und unsere Taschenuhren, — die bringen kaum hundert Mark!“
„Aber unsere Möbel!“
„Die dürfen wir nicht verkaufen! Ich glaube kaum, daß der Hauswirt ihre Entfernung aus dem Hause gestatten würde!“
„Beschalt nicht?“
„Diese hasten dem Hausbesitzer für die Miete!“
„Nein, nein, — wir sind verloren!“ sprach Manuela resigniert.
„Noch nicht, Mama!“ ermunterte Carmen.
„Wie wäre es, wenn wir den Hauswirt um Stundung ersuchten? Wir haben doch seit Jahren stets pünktlich bezahlt! Vor allen Dingen aber müssen wir Mut, müssen wir selber Vertrauen haben! Diese schreckliche Lage kann und wird nicht andauern, — es handelt sich nur um einige Wochen. In der nächsten Zeit werden wir doch eine Stellung finden, — und dann, die Stunden des Herrn Barons Ster-



Um die Nachfolge des Reichspressesekretärs Dr. Zechlin

Geheimrat Dr. Kadenberger,

Abteilungsleiter in der Reichspressstelle, Mitglied des Zentrums, wird als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Reichspressesekretärs genannt, der durch den Rücktritt Ministerialdirektors Dr. Zechlin frei wird.

Fleischschau bei Hauschlachtungen

Die Unterstellung der Hauschlachtungen, insonderheit der ausgeschlachteten Schweine, unter den Fleischschauwesen ist in letzter Zeit in der Tagespresse und auch sonst als eine ungewöhnliche Maßnahme bezeichnet worden. Hierzu ist folgendes zu sagen:

1. Die Herbeiführung der Fleischschau ist bei Hauschlachtungen auch im Falle einer Notchlachtung nicht in jedem Falle vorgeschrieben. Das Fleisch aus Notchlachtungen in Form von Erbitten oder von Entlassungen der Angehörigen des betreffenden Haushalts, einschließlich des Dienstpersonals, Veranlassung.

Die meisten Notchlachtungen entfallen auf die Hauschlachtungen, die damit als eine besondere Gefahrenquelle für den Menschen anzusehen sind. Durch Unterstellung aller hausgeschlachteten Tiere unter den Fleischschauwesen, deren Anordnung nach dem Reichsfleischschauwesen ausdrücklich zugelassen ist, wird der Volksgesundheit ein wertvoller Dienst geleistet.

2. Von besonderer Bedeutung ist die Einführung des allgemeinen Fleischschauwesens für erfolgreiche Bekämpfung der Tierseuchen. Das gilt namentlich für die Schweinepest, die in den letzten Jahren zu einer immer größeren Gefahr für die deutsche Schweinezucht geworden ist. Ihre Ausbreitung ist in sehr zahlreichen Fällen auf den Verkehr mit frischem und zubereitetem Fleisch von Schweinen, verfahrenen Schweinen, auch auf die Verfütterung von Schlacht- und Küchenabfällen, in denen Abfälle von frischem oder zubereitetem Fleisch enthalten waren, zurückzuführen gewesen.

Die Unterstellung aller hausgeschlachteten Schweine unter den Fleischschauwesen fördert die rechtzeitige Erkennung der Tierseuchen, insbesondere der Schweinepest und ermöglicht dadurch ihre Bekämpfung.

3. Die Mehrkosten, welche durch die Einführung der Fleischschau und Fleischschauwesen für hausgeschlachteten Schweinen den Tierbesitzern an Untersuchungsgebühren erwachsen, betragen je Schwein etwa 1,20 Mk. Gegenüber den wichtigen gesundheitlichen und veterinärpolizeilichen, mit der Einführung des Fleischschauwesens für die Hauschlachtungen verbundenen Vorteilen können diese Mehrkosten nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen und sie werden, insoweit betrachten, dadurch mehr als aufgehoben.

„Vielleicht gewährt uns der Baron Bassewitz einen Vorstoß!“ sagte Manuela fast furchtlos hinzu.

Carmen antwortete nicht, aber sie wurde sehr bleich. Um den roten Mund legte sie ein weiches Zug.

Nicht Tage vergingen wie im Fiebertraum. Diese fortwährenden Gänge von Agentur zu Agentur, von Stellenvermittlungsbüro zu Stellenvermittlungsbüro. Und immer kamen sie enttäuscht, müde, mühsam heim. Einmal hatten sie gehofft, denn man hatte ihnen gesagt, sie sollten am nächsten Tage wiederkommen, es werde sich wahrscheinlich etwas für sie finden. Aber wenn sie dann hoffnungsvoll sich wieder einfanden, begegneten sie einem kühlen Achselzucken. Wie durch Zauber war das Wohlwollen einem stichlichen Uebelwillen gewichen. Und abends gab es dann in der kleinen Wohnung nichts als Tränen und Verzweiflung!

Der gute, alte, biedere Baron! Wie teilnehmend er stets war! Ein rechter Trost, daß sie den Mann hatten! Wie er sich ihren Hoffnungen anschloß, so trauerte er auch hernach mit ihnen. Merkwürdig, daß er gleich ihnen trotz aller Bemühungen nichts fand!

In der bisher so jugendlichen, blühenden Erscheinung Manuelas vollzog sich nach und nach eine Veränderung. Die sonst strahlenden Augen erloschen, sie betamen bläuliche Ringe, auf den Wangen stelte sich eine bittliche, scharf abgegrenzte Rote ein, so daß Carmen, nachdem sie längst im stillen die Mutter sorgenvoll beobachtet hatte, eines Tages entsetzt ausrief: „Mama, was fehlt dir? Du bist doch nicht krank?“

„Nein, Liebling!“ sagte Mama kopfschüttelnd. „Es wäre auch gerade die Zeit dazu!“ fügte sie mit einem düsteren Aufschauen hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

Manuela

Roman von Gustav Reischel.

Nachdruck verboten.

„Verehrte Frau, lassen Sie sich!“ mißte sich jetzt auch Bassewitz ein. „Herr Kommissar, setzen Sie Ihre Untersuchung fort, es wird die Dame trösten!“

„Sie waren in Potsdam, meine Dame?“ leistete der Polizeibeamte der Aufforderung Folge.

„Darf ich fragen, zu welchem Zweck?“

„Ich bin gegenwärtig brotlos!“ sagte Manuela leise. „Ich suche eine Stellung als Sprachlehrerin, meine Tochter eine ähnliche, als Klavierlehrerin. Da erhielt ich gestern eine Aufforderung, mich mit meinem Kinde in Potsdam bei der Vorsteherin einer Privat-Tochtersschule, einer Frau Johanna Tiedt, für heute vormittag zehn Uhr zu einer Besprechung einzufinden.“

„Sie kamen hin, aber Sie wurden gar nicht erwartet?“ fiel der Kommissar ein.

„Sie wissen es schon?“ fragte Manuela erstaunt.

„Ich kombiniere einfach! Die Vorsteherin konnte sich nicht erinnern, Sie bestellt zu haben! Das ist eine alte Geschichte!“

„Was gedenken Sie zu tun?“ fragte Manuela.

„Die gerichtliche Untersuchung einzuleiten!“ entgegnete der Beamte. „Habe zwar wenig Vertrauen auf Erfolg! — Schutzmann, haben Sie sonst noch etwas gefunden?“

„Nichts, Herr Kommissar! — Nur noch dieses Stück Papier, welches den Griff eines Stimmzuges gewidmet war, vermutlich um die Hand zu schonen!“

„Ist es beschriebenes?“

„Nein, es ist sehr dickes, gelbes Papier. Ich habe es entfaltet, es befindet sich ein Fleder daran, — Del, glaube ich!“

Der Kommissar zuckte die Achseln.

„Indem er die armen Bestohlenen grüßte, verließ er die Wohnung, gefolgt von dem Polizeileutnant und dem Schutzmann.“

23.

Die Lage Manuelas und Carmens war durch den Einbruch eine äußerst traurige geworden.

„Mama, was bleibt uns noch?“ forschte das junge Mädchen.

„Nichts, — wir haben nichts mehr!“ versetzte die Mutter dumpf.

„Kein Bargeld? Und unser letztes Gehalt? Und die vierhundert Mark, die du von Baron Bassewitz erhieltst?“

„Wie immer, wenn wir einen Ausflug machten, legte ich das Bargeld in die eiserne Kasse!“ Es waren weit über tausend Mark, — das zu unsere Ersparnisse in Banknoten! Schredlich!“

„Und was bleibt uns noch?“

„Ich will nachsehen, wieviel ich noch in meiner Börse habe. Zwanzig, vierzig, sechzig, achtzig, neunzig — nicht ganz hundert Mark! Und du?“

„Ach Gott! Ich?“

Carmen zählte nach. „Achtzehn Mark!“ sagte sie leise.

„Und mit Auguste brauchen wir täglich fünf Mark, um zu leben! Soweit reichen wir zwanzig und etliche Tage damit aus, länger nicht. Ach, wenn doch Elmar da wäre, er könnte helfen!“

„Entset! Ja, wo ist der?“ seufzte Carmen.

„Und wann wird er zurückkehren? Nach mehreren Monaten!“

„Bis dahin ist unser letztes Geld längst ver-

braucht.“

Guts Muts Dresden ; Minerva Berlin	3:1
Ring Greiling ; SG. Natten	0:1
Nasensport ; VfB. Dresden	1:3
Spielvereiniauna Dresden ; Weihen 08	4:1

